

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 67 (1975)
Heft: 6

Artikel: Wendepunkt im Nahostkonflikt?
Autor: Bergmann, Theodor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354746>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Monatsschrift
des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

Heft 6
Juni 1975
67. Jahrgang

Zweimonatliche Bellage: «Bildungsarbeit»



Wendepunkt im Nahostkonflikt?

Theodor Bergmann

Während diese Zeilen geschrieben werden (Mitte April), überdecken die Ereignisse in Südasien jene im Nahen Osten und drängen sie im Bewusstsein etwas zurück. Nach dem Misserfolg der letzten Kissinger-Vermittlung scheinen sich neue Verhandlungsmöglichkeiten aufzutun. Die Sowjetunion beginnt sich aktiver in die Vermittlungen einzuschalten.

Der Konflikt zwischen Israel und seinen Nachbarn hat sich trotz Kissingers Reisediplomatie am Jahreswechsel 1974/75 zusehends verschärft. Nach dem Einsatz der Erdölwaffe steht Israel einer immer lautstärkeren Front in wachsender Isolierung gegenüber. Aber die Distanzierung von Israel kann die weltweite Verstrickung grosser und kleiner Staaten in einer strategisch kleiner werdenden Welt nicht aufheben. Am Anfang des Jahres 1975 ist daher Rechenschaft über die verwirrende Vielfalt der im Nahostkonflikt wirksamen Faktoren und Geschichtsströmungen zu suchen.

Junge Nationen und neuer Nationalismus

Die von allen modern denkenden Sozialisten und Liberalen begrüßte Entkolonialisierung hat ganz andere Wege genommen als erwartet und erhofft. Sie hat meist noch nicht zum inneren sozialen Wandel geführt, sondern häufig zu einem neuen Nationalismus, der sich auf administrative Einheit der Kolonialzeit gründet, äussere Feinde sucht, statt die internen sozialen und institutionellen Entwicklungsbarrieren niederzureissen. Wichtiges Symbol der Unabhängigkeit

wurde nicht der ökonomische Entwicklungsstart und der erhöhte Lebensstandard, sondern militärische Aufrüstung, Drohungen und manchmal Abenteuer. Die Dritte Welt, formiert auf der Bandung-Konferenz, der Trikontinentalen in Havana, in der Zusammenfassung der «Blockfreien», teilte sich in eine dritte und vierte Welt, in reiche Staaten mit schon ausbeutungsreifen Rohstoffquellen und arme Staaten. Die ersteren entwickeln «neoimperialistische» Züge, nutzen ihre Naturschätze durch Umkehr der ungünstigen Welthandelsbedingungen monopolistisch, koalieren mit den Rohstoffkonzernen, betreiben strategische Erpressung, Kapitalexport in Industriestaaten, Rüstungsimporte gewaltigen Ausmasses. Die Entwicklung des eigenen Landes hat nur eine niedrige Priorität. Die rohstoffarme vierte Welt erhält keine solidarische Hilfe, keinen Lastenausgleich, sondern bekommt die Wirkungen dieses Neo-Imperialismus noch stärker zu spüren als die bisher reichen Industriestaaten. Die globale Ungerechtigkeit der Industriestaaten in der kolonialen Epoche wird durch eine neue Ungerechtigkeit der Rohstoff-Staaten abgelöst, die am härtesten gegen die vierte Welt wirkt.

Die Durchsetzung der nationalen Forderungen wird mit ähnlichen Methoden betrieben, wie wir sie aus den finstersten Zeiten Deutschlands kennen, die wir gerade überwunden zu haben glaubten. Einige der neuen Herrscher in der Dritten Welt, viele ausgebildet auf englischen und französischen Militäarakademien, sind gelehrige Schüler und haben nichts Gutes lernen können. Der verständliche Wunsch junger Nationen, ihre nationale Identität zu finden, mischt sich mit viel irrationalen, religiösem Obskurantismus. Man hofft auf ein arabisches oder gar islamisches Grossreich, möchte islamische Solidarität und Wirtschaftsmacht institutionalisieren. Verworrene Sympathien mit dem Hitlerismus als dem grossen Gegner des englischen Imperiums und beinahe-Sieger über das «Weltjudentum» spielen hinein. Farbiger Rassismus soll Antikolonialismus und soziale Revolution gegen die gleichfarbigen eigenen Ausbeuter ersetzen (Vertreibung der Inder aus Uganda).

Ölpreise und Ölerpressung

Die arabische Einheitsfront, die sich nur in der Gegnerschaft gegen Israel mühselig verwirklichen und bisher erhalten konnte, hat seit Herbst 1973 die Erdölwaffe mit Erfolg eingesetzt – nicht indem Israel direkt boykottiert werden konnte, sondern gegen die europäischen kapitalistischen Staaten und die USA, die fast alle noch immer mehr Öl verbrauchen als erzeugen. Israels Versorgung ist bislang gesichert, zum Teil aus den okkupierten ägyptischen Quellen bei Abu Rodeis. Mit wenigen Ausnahmen haben sich die Staaten Westeuropas den vorübergehenden Liefersperren gebeugt, indem sie in bi- und multilateralen Erklärungen ihren Standpunkt im Nahost-

konflikt zugunsten der arabischen Forderungen veränderten, Sprechregelungen für die Presse akzeptierten, offene Einmischung in ihre Innen- und Aussenpolitik duldeten, riesige Rüstungslieferungen kontraktierten und ausführten. Ein Wettrennen ohne alle Rücksicht um Erdöl und Erdgas einerseits, Rüstungs- und «Investitionsgüter»-Lieferungen andererseits begann. Hälften und Viertel grosser Konzerne wechselten die Besitzer. Arbeiter in Europa schaffen Mehrwert nicht mehr nur für einheimische «Unternehmer», auch für den Schah-in-Schah, den Herrscher von Kuwait und seine weitverzweigte Familie.

Die Erhöhung der Ölpreise traf mit einem allgemeinen Konjunkturabschwung der wichtigsten kapitalistischen Länder und mit strukturellen Krisenerscheinungen zusammen. Die Erhöhung der Rohölpreise hat die Krisenphänomene weiter verschärft. Und ein Sprecher der PLO erklärte, wenn die Bonner Bundesregierung ein Durchgangslager für sowjetische Juden errichtet, «spielt sie mit dem Feuer... Gegenwärtig beträgt die Inflationsrate in der BRD 8 Prozent, aber wir können sie auf 35 Prozent anheben». – Das bisherige ungerechte Verhältnis von Zahlungsbilanzen, Wechselkursen usw. wurde über den Haufen geworfen.

Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg – sagt ein amerikanisches Sprichwort. Die ständige Nachgiebigkeit der meisten westeuropäischen Regierungen, das Fehlen aller Koordination, hat die neuen Herren zu immer weiterer Einmischung motiviert. Offen und weniger offen werden aussenpolitische Forderungen und Wünsche auf Reglementierung der Presse vorgetragen und weitgehend akzeptiert. – Niemand möchte zur imperialistischen Kanonboot-Diplomatie alter Tage zurückkehren. Aber diese Einmischungsversuche hätten entschieden zurückgewiesen werden müssen.

Die Interessengegensätze bestehen in der Ölfrage nicht zwischen Arabern und Europäern, Farbigen und Weissen, sondern zwischen Ölscheichen plus Erdölkonzernen einerseits und Ölkonsumenten andererseits. Die Ölkonzerne haben mit Riesengewinnen partizipiert und haben zumindest Gentlemen's agreements mit den Herren der Ölländer. Auch in den USA sind sie eine mächtige Lobby, die bis ins Pentagon wirkt. Die antiisraelische und antisemitische Erklärung des Generalstabschefs George Brown im November 1974 ist nur ein Symptom einer offensichtlich weiter verbreiteten Stimmung.

Waren die arabischen Ölstaaten bisher zu keinem direkten Druck auf Israel imstande, so haben sie die Ölabhängigkeit und die konjunkturellen Schwierigkeiten Westeuropas weidlich genutzt, um Israel indirekt unter Druck setzen zu lassen. Da Israel dem aus existentiellen Gründen nicht hat nachgeben können, ist seine Isolierung noch stärker und deutlicher geworden. Vor der Alternative: Erdöl oder Juden – so stellte sie in Kurzformel die französische «Aurore» dar –, haben die meisten westeuropäischen Regierungen das Erdöl

und den unerschöpflichen Markt für Rüstungsgüter gewählt. Von den politischen Parteien der Linken haben nur wenige protestiert.

Israelische Versäumnisse

In Israel und unter seinen Freunden in der Welt hat es nicht an Kritik gefehlt, ohne Zweifel berechtigter Kritik. – Die militärischen Siege waren lebensnotwendig, aber sie lösten keine Probleme. Auch in Zukunft werden sie keine lösen. Jedes besetzte Dorf schafft neue Feinde – selbst bei humanster Besatzungspolitik. Die Siege und der vorläufige technische und bildungsmässige Vorsprung, zusammen mit der Unzugänglichkeit der Gegenseite, mögen manche kurz-sichtige Israeli zur Überheblichkeit verführt haben. Den Regierungen seit 1967 kann der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie die Illusion genährt oder zumindest nicht bekämpft haben, die Waffenstillstandslinien von 1967 seien sicher genug; man könne ruhig warten, bis die Nachbarn auf die Friedensangebote eingehen. Mehr Aktivität und neue Ideen bei diesen Bemühungen wären notwendig gewesen. Selbst unbeantwortete Signale sind nützlich und wären nach den militärischen Siegen kaum als Schwäche auszulegen gewesen. Die passivierende Vorstellung, die Zeit arbeite für Israel, ging von einem erhofften Reifungsprozess bei den Nachbarn aus, die allmählich die Existenz der europäisch-asiatischen Transplantation anerkennen und das neue Glied integrieren würden. Statt dieser rationalen Geistes- und Bewusstseinsentwicklung entstand ein neuer palästinensischer Nationalismus, gefördert durch eine Konjunktion feudalistischer, panarabischer, panislamischer, neoimperialistischer Kräfte und Strömungen.

Einer israelischen Verständigungspolitik standen allerdings bisher Hindernisse entgegen. Die gegnerische Front ist sehr heterogen und von Interessenkonflikten und Führungskämpfen zerrissen. Die meisten Staaten sind ihrer gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungsphase nach weit hinter Israel zurück und fühlen daher ihre feudalen Strukturen bedroht. Wer immer von den arabischen Führern bereit war, mit Israel auch nur zu verhandeln, war in seiner politischen Stellung und am Leben bedroht (Emir Abdallah 1951, Wasfi Tel 1973, Sadat 1974 durch libysche Attentatsversuche, Hussein von 1907–1974 durch PLO-Attentäter). Ultrationalisten im Innern und panarabische Konkurrenten von aussen vereinten sich bei jedem Annäherungsversuch, witterten Verrat, nationalen Ausverkauf.

Eine sich artikulierende Linke fehlt in allen arabischen Ländern. Sie ist unterdrückt, in Gefängnissen, vielleicht im Untergrund, exiliert, liquidiert. Die auf Moskau ausgerichteten Kommunisten, die halblegal toleriert werden, sind aussenpolitisch meist gleichgeschaltet. Der Syrer Bagdach macht hier eine rühmliche Ausnahme, unter-

lag aber mit seinem Vorschlag im Zentralkomitee seiner Partei, Israels Lebensrecht anzuerkennen. So fehlte und fehlt der israelischen Linken der Gesprächspartner. Arabischer Nationalismus stärkt den Nationalismus auf der anderen Seite.

Dennoch wäre die grosse Mehrheit der Israeli immer bereit, für die Anerkennung ihres Lebensrechts als selbständiger Staat alle besetzten Gebiete herzugeben – mit Ausnahme Ostjerusalems. Hätte der neue Ministerpräsident Rabin Erfolg bei seinen Bemühungen um ein Abkommen mit Ägypten – niemand würde ihn stürzen. Ob Sadat, wenn er wirklich auf eine solche Lösung hinarbeitet, genau so ruhig seinen Kopf in jedes Untertanen Schoss legen könnte?

Wie ernst sind Drohungen gemeint?

Aber es gibt Grenzen, selbst für Rabin. Das Minimum an Gegenleistung für den Verzicht auf die territorialen Faustpfänder – mehr konnten die 1967 besetzten Gebiete nie sein – ist die öffentliche Anerkennung Israels in irgendeiner Form. Damit würde vor allem Volke der arabische Umdenkungsprozess eingeleitet. Ist das zuviel verlangt?

Die schottischen Wechselbäder, denen Israel wie die Zuschauer ausgesetzt werden, sind nicht nur Drohungen und Nervenkrieg gegen die Israeli, sondern spiegeln auch die unsicheren inneren Verhältnisse der Nachbarn wider. Einen Tag erklärt der ägyptische Aussenminister Fahmi, Israel müsse, wenn es dort leben wolle, für 50 Jahre auf jede Einwanderung verzichten – ein nicht diskutabler Versuch, die Souveränität zu beschränken, ja aufzuheben. Tags darauf spricht Sadat von seiner Friedensbereitschaft. Arafat erklärt sich grosszügigerweise bereit, über einen Staat der Moslems, Christen und Juden zu herrschen, möchte also ausdrücklich Israels Existenz auslöschen, die in den zwei arabischen UNO-Resolutionen nicht erwähnt ist. Drei Wochen später erklärt ein halbanonymer PLO-Sprecher, unter Umständen sei man bereit, Israel anzuerkennen. Sind diese Drohungen ernst gemeint oder nur Startlöcher für Verhandlungen, bei denen man nach nicht nur orientalischer Sitte die Forderungen hoch ansetzt, um nach dem Handel möglichst viel in der Hand zu behalten? Eine eindeutige Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Die Erfahrungen waren häufig tödlich oder lebensbedrohend. Immer wieder gewannen jene arabischen Politiker die Oberhand, die Israel militärisch vernichten wollten, wenn sie sich einen Sieg ausrechneten. Die jüdischen Erfahrungen in Europa sind kein psychologisch zu heilendes Trauma. Der jetzige sowjetische Aussenminister Gromyko formulierte sie in seinem historischen Antrag bei der UNO am 14. Mai 1947:

«Die Tatsache, dass kein einziger westeuropäischer Staat in der Lage gewesen ist, die elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu verteidigen..., erklärt die Aspirationen der Juden auf einen eigenen Staat. Es würde ungerecht sein, dies nicht in Rechnung zu ziehen und dem jüdischen Volk das Recht zu bestreiten, eine solche Aspiration zu verwirklichen.»

Die mit Millionen Menschenleben bezahlten Erfahrungen zwingen auch Rabin zur Vorsicht. Seine Angebote an Ägypten gehen auf ein schrittweises Vorgehen, auf allmähliches Wachsen neuen Vertrauens aus. Vorsichtshalber sind sie mit weiterer Rüstung verbunden, was für die Israelis eine drückende Bürde ist. Rabin muss, will er Realist bleiben, Flexibilität mit Vorsicht kombinieren.

Die Israelis haben in den Kriegen und bei den Verhandlungen betont und bewiesen, dass sie ihre Entscheidungen so unabhängig wie möglich treffen wollen. Sie haben keine fremden Truppen und Militärberater zugelassen, sondern mit eigenen Kräften ihren Kampf geführt. Garantien der Grossmächte für ihre Sicherheit haben sie kühl zurückgewiesen. Was Israel als Halsstarrigkeit ausgelegt wird, ist wohl etwas anders zu deuten: die Regierung will offene Erklärungen ihrer Verhandlungspartner, dass sie Israels Existenz akzeptieren und das ihren Völkern auch verständlich machen wollen.

Heimatrecht in Tel Aviv... und in Breslau?

Das Palästinenserproblem besteht seit 1948, seitdem die Pläne Glubb Paschas und anderer, entgegen aller Wahrscheinlichkeit, ins Wasser gefallen waren. Von Flüchtlingsfunktionären wurde es konserviert. Vorschläge der EWG, die Mansholt Ende 1973 nach langem Schweigen enthüllte, und Israels wurden ignoriert. Man wollte die Flüchtlinge als solche behalten, um sie als Speerspitze gegen Israel einzusetzen. Hilfe für diese Menschen, die Opfer der Weltpolitik geworden waren, wurde abgelehnt. So entstand eine Nation, die sich Palästinenser nennt, ein neues Faktum. Das ist zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn wir nicht wissen, wer dazu gehört, gehören will, wer sie politisch repräsentiert. Denn Arafat ist von den Regierenden der arabischen Liga-Staaten in Rabat als ihr Vertreter ernannt worden, nicht von den Palästinensern – oder denen in spe. Nach neuesten Erklärungen zum Jahreswechsel 1974/75 will Arafat auch für jene Hunderttausende sprechen, die aus dem jetzigen israelischen Staatsgebiet geflohen waren und in Jordanien angesiedelt wurden. Er beansprucht damit auch jordanisches Gebiet und propagiert den Sturz Husseins, der ihm bereits einmal im September 1970 missglückt ist. So erfährt man zwar vieles von den territorialen Wünschen der PLO, noch bevor sie den ersten militärischen Erfolg

gegen Israel erzielt hat, nichts aber über die sozialen Ziele jener «Revolutionäre». Wie revolutionär sind sie?

Mit Unterstützung der Sowjetunion und aller sozialistischen Länder forderten die ominösen UNO-Resolutionen vom November 1974 das Heimatrecht der Palästinenser und ihre Rückkehr in das jetzige Israel. Diese Staaten haben bisher hartnäckig auf der Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch alle Staaten, besonders die BRD, bestanden. Nach mehr als 25 Jahren der Irrungen und Wirrungen hat die Bundesrepublik die Konsequenzen gezogen und unter Brandt und Heinemann eine neue Ostpolitik begonnen. Damit finden die dort aufgenommenen Menschen von Eger, Breslau und Königsberg ebenso ihre endgültige Ruhe wie die neuen Bürger dieser Städte und ihre dort geborenen Kinder. Es gehört der ganze Zynismus unkontrollierter Grossmachtpolitik dazu, um so offenbar und gleichzeitig mit zwei so gegensätzlichen Prinzipien zu arbeiten. In der BRD sind es nur noch die äussersten Rechten und die Berufsflüchtlinge, die das Heimatrecht weiterhin verfechten und es gar von dem Würzburger Professor von der Heydte für vererbbar erklären liessen. Die grosse Mehrheit auch der Flüchtlinge denkt nicht an eine Rückkehr in die endgültig verlorenen ehemaligen Ostgebiete und volksdeutschen Siedlungsgebiete.

Menschliche Lösungen des Palästinenserproblems sind denkbar, aber nur in Zusammenarbeit mit Israel. Dieses Land könnte bei allseitiger Kooperationsbereitschaft, die wieder die Anerkennung voraussetzt, seine technischen und organisatorischen Erfahrungen einsetzen, wenn die anderen guten Willen und Kapital mitbringen. Auf dem Territorium der bisher von Israel besetzten Gebiete, in Jordanien und bei den anderen Nachbarn, ist Raum genug für ein menschenwürdiges Leben aller dort lebenden Menschen. In Tel Aviv aber leben heute andere Flüchtlinge, die aus Auschwitz und Majdanek, und ihre Brüder aus der arabischen Welt, von Marrakesch bis nach Bagdad.

Die Rolle der drei Supermächte

Seit Jahren sind die USA und die Sowjetunion damit beschäftigt, das Nahostproblem zu «lösen». Sie führen die Verhandlungen, bringen Gegner an einen, manchmal merkwürdig geformten Tisch, oder unter ein Zeltdach; sie verabreden gemeinsames Vorgehen oder zumindest die Absicht, nicht in direkte Konfrontation zu geraten. Aber gleichzeitig blockierte jede der anderen Bemühungen. Die beiden faktischen Supermächte wollen keinen Krieg; aber sie wollen ihre Einflusszonen ausweiten – auf Kosten der anderen Macht und zum Schaden der kleineren Staaten. Besonders intensiv ist gegenwärtig das Liebeswerben um Ägypten. Beide Mächte suchen Einfluss auf den Ölreichtum dieser ölreichsten Region, Stützpunkte

an strategischen Verbindungslinien und an den Küsten des Mittelmeeres, Mitkontrolle über den Suez-Kanal, den kürzesten Wasserweg zum Indischen Ozean. Die Sympathien und Hilfen der USA sind geteilt zwischen einigen arabischen Staaten und Israel, wie auch die Erdöl- und die Israel-Lobby sich in den USA selbst die Waage halten.

Die Sowjetunion hat es einfacher. Ihre aussenpolitischen Entscheidungen werden von keiner öffentlichen Meinung mitgeformt oder kontrolliert. So waren mehrfach radikale Kehrtwendungen möglich, wesentliche Geburtshilfe für Israel 1947–1949, Abkühlung während der ersten Annäherung an Ägypten, erneute Verbesserung der Beziehungen zu Israel, starke Abkühlung nach 1964 bis zum Abbruch der diplomatischen Verbindungen 1967, Aufrüstung Ägyptens, Syriens, des Iraks, ab 1974 auch Libyens. 1972 warf Ägypten die sowjetischen Experten hinaus, 1974/75 folgen neue Annäherungsversuche. Dieser Zynismus der Sowjetunion zeigt, dass ihre Aussenpolitik sich in Methoden und Zielen nur mit Mühe von der kapitalistischen Grossmächte unterscheiden lässt. Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob die Sowjetunion ihre völlig ablehnende Haltung gegenüber Israel langsam überprüfte, auch um ihren Einfluss auf die Geschehnisse wieder zu verstärken. Eine solche Lockerung der weltpolitischen Isolierung wäre der israelischen Regierung sicher willkommen, weil sie die unerwünschte Abhängigkeit von den USA mindern würde.

Das kommunistische China ist noch nur potentielle Grossmacht, zu schwach zu massivem Einsatz im Nahen Osten. Es wartet auf Schwächen der beiden anderen, um sich als unversöhnliche Alternative den Gegnern Israels anzubieten. Der Sowjetunion wirft China vor, die arabischen Staaten zu hintergehen, ihre Interessen zu verraten und zu verkaufen, dem zionistischen Imperialismus durch die Auswanderungserlaubnis für Juden zu helfen. – Da erübrigt sich für den europäischen Beobachter der Kommentar.

Dem heiligen Egoismus der Sowjetmacht muss an der Existenz Israels gelegen sein – allerdings gleichgültig in welcher Form, weil sonst die Nachbarstaaten der sowjetischen Militärhilfe nicht mehr bedürften. Die Spannungen sollen also möglichst erhalten bleiben, ebenso wie das sowjetische Mitmischen. Das ist besser auf der nach ihrer Eröffnung vertagten Genfer Nahostkonferenz zu bewerkstelligen als bei der bilateralen Kissinger-Diplomatie, bei der die Sowjetunion nur sehr indirekt mitwirken kann. Während die weltpolitische Rolle die beiden Supermächte im Nahostkonflikt verwickelt hält und ihre «Friedensbemühungen» bedingt, hindern andererseits ihre Verstrickung, ihre imperialen Interessen, ihre ungleiche Rüstungshilfe und ihre ständige Konkurrenz um Einfluss die selben Bemühungen; sie blockieren sich gegenseitig und verlängern objektiv gesehen den Konflikt.

Keine Parallelen zu Vietnam

Der voraussehbare Zusammenbruch der USA-Politik in Südasien veranlasst erneut manche Beobachter, Parallelen zwischen der dortigen Situation und der im Nahen Osten zu suchen. Manche setzen Israel als Verbündeten der USA mit Südvietnam gleich. Nichts wäre unhistorischer als das. – Bereits Hellmut Gollwitzer hat vor Jahren nachgewiesen, dass das Umgekehrte richtig ist. Israel kämpft nur mit eigenen Soldaten, die in kritischen militärischen Situationen ihre volle Einsatzbereitschaft zeigen. Die Bevölkerung steht geschlossen hinter der Regierung, wenn es um die Verteidigung geht, so stark und breit auch die Kritik «in normalen Zeiten» vorgetragen wird. So bleibt trotz Rüstungshilfe die eigene Kraft entscheidend. Die verschiedenen Gruppen der PLO dagegen haben nur wenig aktive Unterstützung seitens der arabischen Bevölkerung der besetzten Gebiete. Sie sind nicht wie der Fisch im Wasser, wie die Guerillas der Vietcong. Daher ist ein grosser Teil ihrer Aktivität gegen Wehrlose und Unbeteiligte weit entfernt von Israel gerichtet.

Der Widerstand Israels gegen versteckte und offenere Pressionsversuche der USA beweist, dass Israel weder blind auf den Verbündeten USA vertraut noch sich politische Entscheidungen vorschreiben lässt.

Kritische Solidarität mit Israel

Die direkten Gegner – Israel, seine vier Nachbarn und die Palästinenser – sind weder fähig, ganz ihrer Schutzmächte zu entraten noch von sich aus eine rationale Lösung zu finden. Hier könnten materiell desinteressierte Kräfte Anstösse geben, Signale vermitteln, Kommunikationskanäle schaffen, Brücken der Verständigung bauen. Für diplomatische Bemühungen kämen materiell unbeteiligte Kleinstaaten in Frage, in denen nicht die Profitinteressen die Nahostpolitik bestimmen. Auf der nichtstaatlichen Ebene hätte die weltpolitisch nicht gebundene, internationalistische Linke wichtige Aufgaben, ebenso die Gewerkschaften. Diese unabhängige Linke, die gar nicht formalisiert, aber vielerorts zu finden ist, dürfte ihre Position als die kritischer Solidarität mit Israel sinnvoll definieren. In dieser entscheidenden Phase seines Existenzkampfes bedarf Israel aller Solidarität, zumal es fast ganz isoliert wird. Alle Ostblockländer haben zumindest normale Beziehungen zu Franco-Spanien; Rumänien allein unterhält Beziehungen zu Israel. Die Gemeinsamkeit des Leidens und des antifaschistischen Widerstandes sollte bei der wirklichen Linken in Westeuropa nicht so schnell vergessen werden, wie das auf Anordnung in Osteuropa geschieht.

Eine solche Position verhindert, dass die weitverbreiteten Sympathien für Israel von der Rechten für ihre eigenen, durchsichtigen

Zwecke missbraucht werden. Sie schliesst Kritik an Massnahmen und Personen israelischer Politik nicht aus, sondern ein. Und sie versucht, auf beiden Seiten die Kräfte der Vernunft zu stärken und in Kommunikation miteinander zu bringen. Heute ist ein gemeinsamer Staat oder auch nur eine Konföderation nicht möglich, so sehr ihn viele sozialistische Zionisten noch bis 1950 gefordert haben. Nach Phasen der Abkühlung und der schrittweisen Verständigung ist aber für eine nicht allzuferne Zukunft Kooperation auf vielen Gebieten denkbar. Ohne diese Hoffnung auf ultima ratio, späte Vernunft, statt der ultima ratio immer neuer Waffengänge, wäre die aktuelle Irrationalität kaum zu ertragen.

Die kritische, nicht fremdbestimmte Linke, an die wir denken, wird ihre bisherige ambivalente Haltung zum Nahostkonflikt im Lichte der neuen Entwicklungen zu überprüfen haben. Das wird dazu beitragen, auf Tabus zu verzichten, Hoffnungen aufzugeben, soweit die Geschichte sie hat zu Illusionen werden lassen.

Die Entkolonialisierung hat nicht automatisch zu sozialem Wandel und Fortschritt geführt, wenn sie auch die alte weltpolitische Balance aufgehoben hat. Auch sozialistische Grossmächte betreiben Grossmachtpolitik und können daher keine Solidarität der Sozialisten beanspruchen. Das gilt ebenfalls für China. Noch immer verwirklichen sich die Wünsche der Menschen und Völker in nationalen Einheiten, die dem Internationalismus abgeneigt sind. Obwohl die Entwicklung der Weltproduktivkräfte nationale Grenzen als überholt erscheinen lässt, ist das Bewusstsein der einzelnen und der Gesellschaften darauf noch nicht eingestellt. Das nukleare Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern; sowohl blutige Stellvertreterkriege wie auch «undenkbare» Konfrontation der Atomkräfte sind möglich. Friedenspolitik von Sozialisten bedeutet, das Lebensrecht aller Völker anzuerkennen und deren Kräfte auf autonome innere Modernisierung und sozialen Wandel zu lenken.

In der Weltpolitik des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts gibt es keine Zuschauerplätze mehr. Die teuren Erfahrungen der dreissiger Jahre besagen nichts anderes. Als Hitler Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Juden, Pazifisten einsperrte, folterte, vernichtete, in Spanien offen intervenierte, steckten Politiker und Bürger des demokratischen Westens den Kopf in den Sand. Als Belohnung erhielt Hitler Österreich und in zwei Portionen die Tschechoslowakei. Der Weg von Madrid über Prag in den Zweiten Weltkrieg dauerte knapp 16 Monate. Niemand blieb verschont. Die Spuren sollten uns alle schrecken und jeder lähmenden Resignation entgegenwirken. *Nostra res agitur* – auch in den weltpolitischen Konflikten wird unser eigenes Schicksal mit verwickelt und mitentschieden, heute noch mehr als in den dreissiger Jahren.